

## C·A·P Planung...

## 5.-6. November

„Bayerisches Europa-Forum“, Kooperationstagung der Forschungsgruppe Jugend und Europa mit der bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zur Bündelung europabezogener Bildungsarbeit

## 7. November

„Fazit Mitteleuropa“, ein Forum u.a. mit Vaclav Havel, Präsident der Tschechischen Republik und Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog in Berlin. Die Veranstaltung entspringt einer Kooperation der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem DeutschlandRadio Berlin und dem C·A·P

## 13.-15. November

Fachtagung der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung zu den Perspektiven einer minderheitenfreundlichen Schulpolitik in Mittel- und Osteuropa, Wien

## 5.-6. Dezember

„Die Zukunftsfähigkeit Europas – Stand und Entwicklung der europäischen Integration“, Kooperationstagung des C·A·P mit der bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

## 13.-15. Dezember

„Europe, the Middle East and North Africa – Common Security II“, Konferenz der Bertelsmann Stiftung und der Forschungsgruppe Europa in Frankfurt

## 21.-22. Januar

Workshop der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung zum Thema „Institution building in the Kosovo Conflict“, München

## C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung  
(C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4904 290

Fax 089 - 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/>

[WWW/CAP.html](http://WWW/CAP.html)

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

## Europa und Amerika

## Der Schlüssel zur Freundschaft

von Felix Philipp Lutz

Europa hat im Laufe der Geschichte auf vielfältige Weise versucht, sich selbst zu definieren, sei es christlich, geographisch, ethnisch oder politisch-ideologisch. Das – vorläufige machtpolitische – Verschwinden des äußeren Förderators erschwert den europäischen Staaten nicht nur die Selbstdefinition, sondern auch die notwendige Organisation der gemeinsamen Interessen in der EU und gegenüber den Vereinigten Staaten. Die aktuellen Schwierigkeiten der Europäer auf dem Weg zu einem wirklichen Binnenmarkt mit einer einheitlichen Währung und einem größtmöglichen Maß an Freiheiten für die Menschen wirken sich auch auf das transatlantische Verhältnis aus. Die derzeitigen Probleme in der europäisch-amerikanischen Partnerschaft oszillieren zwischen visionären Entwürfen zukünftiger Freihandelszonen und außenpolitischer Interessenskongruenz und den kleinlichen Handelsstreitigkeiten von gestern und heute.

Die „Neue Transatlantische Agenda“ von Madrid erscheint daher auch eher wie das gemeinsame Pfeifen im Walde, um die bösen Geister der Globalisierung, Proliferation und dem Ende des Sozial- und Wohlfahrtsstaates zu vertreiben. Adäquate Kompetenzen wurden durch die Agenda kaum geschaffen, gemeinsame Problemlösungen zu wenig vorbereitet.

Die Geschichte der europäisch-amerikanischen Partnerschaft ist voll von Streitigkeiten, Verstimmungen und Problemen, aber sie hat sich in vielen (Ernst-)Fällen bewährt. Europa und Amerika haben vieles gemeinsam und zum ersten Mal besteht nun die Möglichkeit, ohne existentielle Bedrohung an der Vision eines großen, freiheitlichen und demokratischen Raumes zu arbeiten. Für die anstehenden transatlantischen Aufgaben – man betrachte nur die schon erwähnte „Transatlantische Agenda“, die ein wahres Füllhorn von Arbeit bereithält – muß Europa jedoch vor allem selbstbewußter werden. Ein eigenständiges, wirtschaftlich-politisch mit einer Stimme sprechendes Europa wäre ein wesentlich attraktiverer Partner für die Amerikaner, als die Vielfalt in der noch nicht vollzogenen Einheit, als die sich die EU derzeit präsentiert.

Die aktuellen Entwicklungen, zusammengefaßt unter dem Begriff der Globalisierung, werden nicht nur Chancen bereithalten, sondern auch Potentiale der Konkurrenz und des verstärkten Wettbewerbs eröffnen. Globalisierung bedeutet zum einen Teil ja auch nur, daß die selbstverliebten Europäer merken, daß geschichtliche Dynamik nicht nur außerhalb Europas, sondern auch ohne die Europäer stattzufinden droht. Nur in einem ständigen Dialog mit dem Ziel, einen gemeinsamen transatlantischen Markt zu schaffen, können die Potentiale der Globalisierung für die europäische und amerikanische Wirtschaft genutzt werden.

Den Partnern ist gleichzeitig bewußt, daß weder Bündnisse noch Abkommen allein Garanten für Frieden und Wohlstand sind. Die Grundlage für gemeinsames Handeln von Europa und Amerika liegt vielmehr in den Köpfen der Menschen begründet, kurz: sie beruht auf der Freundschaft und den damit verbundenen Umgangsweisen von Amerikanern und Europäern miteinander. Daher sind die deutsch- und europäisch-amerikanischen Austauschprogramme, die kulturellen Beziehungen, die persönlichen Kontakte zwischen den Bürgern die eigentliche und wichtigste Grundlage der transatlantischen Partnerschaft. Der Schlüssel zur europäisch-amerikanischen Partnerschaft liegt in den Erfahrungen, den Orientierungen und den Werten der Bürger auf beiden Seiten des Atlantik.

## C·A·P Prolog...

## Deutschland in Europa ...

... ist als Feld angewandter Politikforschung ein ebenso **modernes wie hochaktuelles Thema** – völlig unzureichend beschrieben mit dem Pathos der Sonntagsreden, mit dem es lange behaftet war. Die innere Dynamik des deutschen Einigungsprozesses einerseits wie Rolle und Gewicht des Landes in der künftigen europäischen Ordnung andererseits erzeugen Nachfrage nach Analyse wie Beratung, nach Information wie nach Orientierung.

Jede der Forschungsgruppen am C·A·P arbeitet in spezifischen Projekten am Thema. **Das neue Handbuch zur deutschen Einheit der Forschungsgruppe Deutschland** zeigt plastisch, daß der innere Wandel noch immer ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und politischer Energie absorbiert. In Verbindung mit ihren Vorläufern bietet die dritte Neuauflage des Handbuches ein Compendium des rasanten Wandels in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die **Forschungsgruppe Europa** hat zusammen mit der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** die Frage nach der **Effektivität von Strukturen und Prozessen deutscher Europapolitik** aufgegriffen. Im Laufe des kommenden Jahres sollen die Studien und Gutachten einmünden in ein Strategiekonzept für diesen Politikbereich. Die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** arbeitet an neuen **Konzepten für die Demokratieerziehung**. Angesichts der deutschen Erfahrungen im Westen wie im Osten steht dabei die Frage der Toleranzvermittlung im Vordergrund.

Josef Janning

## Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im vereinigten Deutschland

*Die Neuauflage des „Handbuches zur deutschen Einheit“ präsentierten auf der Frankfurter Buchmesse die Herausgeber Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Dr. Karl-Rudolf Korte. Das in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn entstandene Buch wurde am 4. Oktober am Messestand der Bundeszentrale vorgestellt. Mit dabei waren neben den Redakteuren Thomas Paulsen und Daniel von Hoyer (Forschungsgruppe Deutschland) auch Rüdiger Thomas und Dr. Harald Geiss von der Bundeszentrale sowie zahlreiche Autoren.*

Die Geschichte des *Handbuches zur deutschen Einheit* ist auch eine Geschichte des Perspektivenwechsels im Prozeß der deutschen Einheit. Jede der drei Ausgaben hat ihren eigenen Charakter: Während im „Handwörterbuch“ des Jahres 1992 noch die historische Dokumentation der deutschen Frage im Mittelpunkt stand, rückte die 1993 erschienene Erstausgabe des „Handbuchs“ den Prozeß der deutschen Vereinigung in den Vordergrund. Die Neuauflage 1996 beinhaltet nun ergänzend eine umfassende und aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bestandsaufnahme zur Lage der Nation aus der gesamtdeutschen Perspektive.

Die Einheit markierte eine deutliche Zäsur: Nicht nur die außenpolitischen Determinanten der Bundesrepublik haben sich seitdem verändert, vielmehr müssen sich auch die Institutionen und Politikfelder im größer gewordenen Deutschland sowohl den „hausgemachten“, als auch den europäischen und globalen Herausforderungen stellen.

Die historische Dokumentation des Einigungsprozesses und die genaue Datenanalyse werden jedoch in der Neuauflage nicht vernachlässigt, im Gegenteil: Alle bisherigen Stichwörter wurden grundlegend überarbeitet, um die Auswertung von neueren Aktenfunden und die Publikationen, in denen Diplomaten und Politiker Rückschau auf ihre Rolle im Prozeß der deutschen Einheit halten, zu berücksichtigen. Neu aufgenommen wurden darüber hinaus die Stichwörter „Enquete-Kommission“ und „Staatssicherheit“.

Als wissenschaftlich fundierter und umfassender Zwischenbericht zum Stand der deutschen Einheit ist das Handbuch ein unverzichtbares Nachschlagewerk für Wissenschaft, Schule, Medien und Politik. Mit 68 Stichwörtern von 65 Autoren aus den Bereichen Wissenschaft, Medien, Verwaltung und Bildungsarbeit sowie einem Daten-Anhang ist ein über 830 Seiten starkes Informationspaket entstanden, das in der Tradition seiner Vorgänger als Standardwerk zur deutschen Einheit konzipiert ist.

Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Aktualisierte Neuauflage, Campus-Verlag, Frankfurt a. M./New York 1996, 832 S., DM 78.-, ISBN 3-593-35633-3

Herausgeber und Redaktion präsentierten das Handbuch auf der Frankfurter Buchmesse (von links): Rüdiger Thomas, Dirk Klose (Das Parlament), Werner Weidenfeld, Thomas Paulsen, Daniel von Hoyer, Harald Geiss und Karl-Rudolf Korte.

## Spitzenforum diskutiert aktuelle Europapolitik

*Die Strategieguppe Europa, ein von der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa am C·A·P einberufenes Expertenforum, tagte Ende September erstmals in München. Europakenner aus Wissenschaft, Politik und Medien diskutierten neue Reformansätze und Strategien für die Europapolitik der kommenden Jahre.*

Mit der Vorlage von drei Gutachten zur Erweiterung der EU von Prof. Dr. Michael Kreile, Prof. Dr. Roland Bieber und Florian Bieber sowie von Prof. Dr. Roland Sturm wurden die zentralen integrationspolitischen Herausforderungen systematisch untersucht. Im Kern zeigte die Diskussion auf, daß die institutionellen Probleme der Erweiterung lösbar sind, jedoch einen Willen zur „Mindestreform“ in der EU voraussetzen. Um sich für die Aufnahme neuer Mitglieder fit zu machen, braucht die EU aber nicht nur eine institutionelle Reform, sondern ebenso eine Dezentralisierung der kostenintensiven Gemeinschaftspolitiken wie der Agrar- und Strukturpolitik sowie eine Fortentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Die Debatte zur Wirtschafts- und Währungsunion thematisierte die stabilitätspolitischen Konsequenzen einer einheitlichen Währung sowie ordnungspolitische Defizite mit Blick auf eine echte Wirtschaftsunion. Prof. Dr. Rolf Hasse und Dr. Stefan Collignon stellten Überlegungen für eine Verknüpfung von politischer und Wirtschafts- und Währungsunion sowie zu den währungspolitischen Instrumenten der WWU an.

Im nächsten Jahrzehnt sollte darüber hinaus wieder eine echte europäische Verfassung, die die Bedingungen für differenzierte Formen der Integration festlegt, auf der Agenda stehen. Es wird zudem nötig sein, vertieft über die Zukunft des europäischen Gesellschaftsmodells nachzudenken.

Mit dem Beauftragten der italienischen Regierung, Dr. Silvio Fagiolo, dem Leiter der Abteilung Außenpolitik im Bundeskanzleramt, Joachim Bitterlich, und dem Beauftragten des Europäischen Parlaments, Elmar Brok, nahmen zentrale politische Akteure der gegenwärtigen Regierungskonferenz an der Tagung teil. Weitere Referenten waren unter anderem die frühere Ministerpräsidentin Polens, Dr. Hanna Suchocka, Dr. Guido Goldmann von der Harvard University sowie der Direktor des ungarischen Instituts für Weltwirtschaft und Berater des ungarischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. András Inotai.

Reform, Osterweiterung und Währungsunion als strategische Ziele

Das europäische Gesellschaftsmodell auf dem Prüfstand

### C·A·P Projekt...

Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird vor dem Hintergrund der Relativierung der transatlantischen Selbstverständlichkeiten neu debattiert. Zu den besonders sensiblen Bereichen gehören hierbei die Beziehungen zwischen amerikanischen Juden und Deutschen. Den Dialog zwischen diesen Gruppen zu fördern ist somit von besonderer Bedeutung. Auf Initiative von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und in Kooperation mit dem **Auswärtigen Amt** und dem **Bundesministerium für Wirtschaft** sowie der **Hillel Foundation**, besuchte eine Gruppe von zwanzig jüdisch-amerikanischen Studenten die Bundesrepublik Deutschland. Zwei Wochen hielt sich die Gruppe in München auf. Hier hatte das C·A·P in Kooperation mit dem **Council on International Educational Exchange e.V.** (CIEE) das Programm konzipiert und vorbereitet. Neben Gesprächen mit deutschen Spitzenpolitikern sowie Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in Deutschland standen Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten mit deutschen Studenten im Mittelpunkt des Programms. Professor Weidenfeld begrüßte die Gruppe in München. Er betonte dabei die Bedeutung des direkten Gedankenaustauschs als eine der Voraussetzungen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Auf Wunsch der Hillel Foundation wird das Programm auch im nächsten Jahr in Kooperation mit dem C·A·P in München durchgeführt werden.

## Institut für Europäische Politik, Bonn

Europa den Bürgern näherbringen

Das *Institut für Europäische Politik* (IEP) wurde 1959 als gemeinnützige Organisation in das Vereinsregister Bonn eingetragen und zählt somit zu den ersten außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Das IEP hat sich die Förderung der europäischen Einigung mittels akademischer Analyse und wissenschaftlicher Darstellung politischer Optionen zum Ziel gesetzt. Einige Themenschwerpunkte der Arbeit des Instituts für Europäische Politik sind: die Erforschung der Grundlagen der Europäischen Integration; die Institutionen und Politikbereiche der EU einschließlich der nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten; die wirtschaftliche und politische Situation in Mittel- und Osteuropa im Prozeß der Heranführung an die EU sowie die Erweiterung der EU; die Außenbeziehungen der EU einschließlich Sicherheitsfragen. Das IEP ist mit Seminaren zudem in der politischen und vor allem in der Erwachsenenbildung aktiv.

Neben der Zeitschrift *integration* und den Reihen *Europäische Studien*, *Europäische Schriften*, *Materialien zur Europapolitik* sowie *Analysen zur Europapolitik*, um nur die wichtigsten zu nennen, sind die beiden von Professor Wolfgang Wessels und Professor Werner Weidenfeld (Direktor des C·A·P) herausgegebenen Standardpublikationen des IEP besonders zu vermerken: das *Jahrbuch der Europäischen Integration*, das seit 1980 jährlich erscheint sowie *Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration*. Die *Forschungsgruppe Europa* am C·A·P arbeitet im Rahmen der Planung und der redaktionellen Bearbeitung dieser beiden Standardwerke eng mit dem Institut für Europäische Politik und dem *Europa Union Verlag* in Bonn zusammen. So konnte auch in diesem

Jahr die bereits 16. Ausgabe des *Jahrbuches der Europäischen Integration* pünktlich zur Buchmesse in Frankfurt präsentiert werden.

*Europa von A-Z*, ein leicht verständliches und unverzichtbares Nachschlagewerk zur europäischen Integration, liegt mittlerweile in der 5. Auflage vor. Auf Initiative der Europäischen Kommission wurde nun beschlossen, das Werk in einer leicht gekürzten, redaktionell durchgesehenen Fassung in zehn Amtssprachen herauszugeben.

Als zusätzlicher Anreiz, die mit *Europa von A-Z* von den Partnern geleistete Bildungsarbeit auf vielen Ebenen fortzusetzen, ist die Verleihung des Europa-Schulbuchpreises durch den Landesverband Bayern und den Bezirksverband München der *Europa-Union* zu betrachten. Dieser Preis wird den beiden Herausgebern am 21. Oktober in einem Festakt von der Vizepräsidentin des Bayerischen Landtages *Anneliese Fischer* überreicht.

Institut für Europäische Politik  
Bachstraße 32  
D-53115 Bonn  
Tel. 0228-7290050

Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1995/96*, Institut für Europäische Politik, Europa Union Verlag, Bonn 1996, DM 89.-, ISBN 3-7713-0533-0

In der Rubrik C·A·Partner stellen wir Projekt- und Kooperationspartner aus der Arbeit der Forschungsgruppen vor.

### C·A·Portrait...

**Peter M. Wagner** betreut seit 1993 innerhalb des Forschungsprojekts „Geschichte der deutschen Einheit 1989/90“ als Mitarbeiter der **Forschungsgruppe Deutschland** den Bereich „Internationale Politik“. Daneben beschäftigt er sich mit den Themen „**Extremismus und Demokratie**“ und der deutschen Rolle in Europa. Nach Volontariat und Berufstätigkeit als Redakteur studierte Wagner von 1986 bis 1991 an den Universitäten Freiburg/Breisgau und Wien Politikwissenschaft, Geschichte, Psychologie und Volkswirtschaft. 1996 promovierte er mit einer Untersuchung zu den **Hochburgen der NPD in Baden-Württemberg** bei Professor Dieter Oberndörfer an der Universität Freiburg. Die Arbeit erscheint im Winter 1996/97 im Verlag Duncker & Humboldt. Weitere Veröffentlichungen (u.a.): Wege zum „2+4“-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit, München 1996 (Hrsg. mit E. Bruck); „Die deutsche Einheit und ich“. Die internationalen Aspekte des Vereinigungsprozesses 1989/90 in Lebensbeschreibungen, in: Zeitschrift für Politik 2/1996, S. 208-224 (mit E. Bruck).

Franco Algeri, Josef Janning, Dirk Rumberg (eds.): **Managing Security in Europe. The European Union and the challenge of enlargement**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 271 Seiten, DM 30,-, ISBN 3-89204-805-3.

Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Neue Ostpolitik - Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung (Kurzversion)**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 32 Seiten, ISBN 3-89204-814-2, erscheint im November.

Jens Knappe: **Die USA und die deutsche Einheit. Amerikanische Deutschlandpolitik im Kontext von veröffentlichter und öffentlicher Meinung 1989/90**, München 1996, 217 Seiten, DM 25,80, ISBN 3-9804711-6-0.

Werner Weidenfeld: **Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 156 Seiten, DM 32,-, ISBN 3-89204-228-4.

Susanne Ulrich, Jörg Frank: **Wort-Bild-Puzzle**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, DM 98.-

**I**n zehn bis fünfzehn Jahren kann die EU möglicherweise aus 25 bis 30 Mitgliedstaaten bestehen. Ohne eine Reform der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wird die so erweiterte Union nicht mehr in der Lage sein, die anstehenden Probleme effektiv zu lösen. Unter Einbeziehung der letzten Erweiterungsrunde werden die Reformprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten, die wachsende Bedeutung eines breiter angelegten Sicherheitsbegriffs sowie verschiedene Szenarios für die Struktur einer künftigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von ausgewiesenen Experten analysiert. Darüber hinaus wurden Vorschläge für künftige Reformschritte zur GASP entwickelt.

**D**ie Integration Gesamteuropas unter dem Dach der Europäischen Union ist gefährdet. Nur Westeuropa verfügt als einziger Akteur über die Ressourcen, um den alten Kontinent zu stabilisieren. Dringender denn je ist deshalb der konzeptionelle Entwurf einer neuen Ostpolitik erforderlich, der den Weg in eine gesamteuropäische Zukunft weist. Im einzelnen geht es dabei um eine Erweiterungsstrategie für Mittel- und Osteuropa, eine Friedensstrategie für den Balkan sowie eine Strategie der Kooperation und Partnerschaft gegenüber Rußland und der GUS. Diese von der *Forschungsgruppe Europa* ausgeführten Ansätze münden schließlich in eine Strategie für eine gesamteuropäische Nachbarschaft.

**D**er Beitrag der US-amerikanischen Diplomatie im Prozeß der deutschen Einheit steht im Mittelpunkt von Band 7 der Schriftenreihe der *Forschungsgruppe Deutschland*. Die detaillierte und materialreiche Studie schildert Entscheidungsprozeß und innenpolitisches Umfeld der amerikanischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 mit Blick auf das komplexe Wechselspiel zwischen Regierungshandeln und öffentlicher und veröffentlichter Meinung. Die differenzierte Analyse der Debatten um die Vereinigungsproblematik legt verschiedene Deutschlandbilder der US-Bevölkerung und der politischen Eliten frei, die als Bestimmungsfaktoren amerikanischer Deutschlandpolitik nach wie vor Bestand haben.

**E**rosionen in den europäisch-amerikanischen Beziehungen sind unübersehbar. Deshalb fragt *Werner Weidenfeld* in seinem jüngst von *Henry Kissinger* in Bonn vorgestellten Buch, was zu tun sei, um die transatlantische Partnerschaft neu zu gestalten und erfolgreich ins nächste Jahrhundert zu führen. Der Autor, als Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen der Bundesregierung ein ausgewiesener Kenner der Politik-Szene auf beiden Seiten des Atlantik, unterzieht die transatlantischen Beziehungen einer schonungslosen Untersuchung und kommt zu der Schlußfolgerung, daß sich die euro-amerikanische Partnerschaft in Zukunft aus sich selbst heraus positiv definieren muß. Werner Weidenfeld entwirft einen konkreten Fahrplan zur Festigung der atlantischen Brücke.

**A**uch die Kunst kann ein Instrument für die Vermittlung von Demokratie und Toleranz in der politischen Bildung sein. Das Wort-Bild-Puzzle – entstanden im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* – eröffnet neue und ungewöhnliche Wege. Die zwanzig vom Künstler *Jörg Frank* gestalteten farbigen Tafeln mit Wortsilben können in Unterricht und Seminar zu immer neuen Kunstwerken und Wortspielen zusammengesetzt werden. So wird unmerklich auf das Thema „vom Einzelnen zum Miteinander“ hingeführt. Das Puzzle kann direkt bei der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* bezogen werden.

## Politikberatung auf dem Prüfstand

Über das Verhältnis zwischen praxisorientierter Wissenschaft und der Politik diskutierten am 22. Juli im Rahmen des C·A·P-Forums Ministerialdirektor Dr. Klaus-Peter Klaiber, Planungschef des Auswärtigen Amtes in Bonn, Jérôme Vignon, Leiter der Gruppe für prospektive Analysen bei der Europäischen Kommission, und Josef Janning, Leiter der Forschungsgruppe Europa, unter der Leitung von Professor Werner Weidenfeld. Zahlreiche Gäste aus dem wissenschaftlichen Münchner Umfeld nahmen an dem regen Gedankenaustausch teil.

Die Spannung zwischen Geist und Macht ist ein konstantes Thema des politischen Diskurses. Welchen strategischen Beitrag können die Sozialwissenschaften in Deutschland und Europa zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts leisten? Angesichts der Sparzwänge in den öffentlichen Etats sehen sich politikberatende Institutionen bei der Beantwortung dieser Frage mit zahlreichen Begründungszwängen konfrontiert. Klaus-Peter Klaiber nahm in einem fundierten Vortrag zu dieser aktuellen Diskussion Stellung. Einerseits konstatiert er aufgrund der erweiterten politischen Agenda in Deutschland einen wachsenden Bedarf an Politikberatung, andererseits übte er deutliche Kritik an der Anpassungsfähigkeit der hergebrachten Wissenschaftsleistungen: Es sei zielgenauer auf die Bedingungen politischer Entscheidungsprozesse einzugehen, neue Themen sollten schneller besetzt werden und strategische Vorschläge müßten schließlich stärker das Kriterium der politischen Durchsetzbarkeit beachten. Neben der Unterstützung bei operativen Aufgaben sei die Exekutive zudem darauf angewiesen, daß die Wissenschaft die Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsenses über politische Ziele des Gemeinwesens durch ihr Urteil fördere. Ein neuer Dialog zu diesen Themen zwischen Politik und Wissenschaft sei deshalb unerlässlich.

Jérôme Vignon stellte in seinem Beitrag dar, welche Schritte die Europäische Kommission bereits unternommen habe, den „Apparatus des alten Denkens“ der neuen Epoche anzupassen. Seine Jacques Santer direkt zugeordnete Beratergruppe habe es sich zum Ziel gesetzt, zunächst die großen Herausforderungen, vor denen Europa steht – wie z.B. die Zukunft des Sozialstaates – zu identifizieren und im weiteren die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion zu diesen Themen zu initiieren und zu kanalisieren. Die Förderung der jungen Wissenschaftsgeneration, interdisziplinäres Vorgehen, internationaler Erfahrungsaustausch, die Öffnung des Entscheidungssystems und die Plausibilitätsprüfung vor dem Bürger sind bei der Realisierung dieser Aufgabe die zu passierenden Wegmarken. Die „Berater“ forderte Vignon auf, weniger die Konzepte der Welt von gestern zu propagieren, der „Politiker“ solle im Gegenzug versuchen, sich stärker der Diktion des nur kurzfristigen politischen Erfolgs zu entziehen.

Josef Janning faßte seine Beobachtungen zur Politikberatung in Deutschland in einem 9-Punkte-Katalog zusammen. Fazit: Die Politik bedarf weiterhin unabhängiger aber auch flexiblerer Institutionen der Politikberatung, die für sie alle Felder der politischen Entscheidung rationalisieren und Optionen (und nicht nur Fakten) im Prozeß der Politikgestaltung aufzeigen. Praxis- oder umgekehrt Theorieferne, gegenseitige sprachliche Abschottung und mangelnde Kommunikation könne man dabei durch einen direkteren Erfahrungsaustausch der betroffenen Apparate in Politik und Wissenschaft abbauen. Einen innovativen Part sollten dabei die Universitäten übernehmen: Sie sind aufgerufen, organisatorische Freiräume und Ausbildungsmöglichkeiten für die „Angewandte Politikwissenschaft“ zu schaffen und darüber hinaus die wissenschaftlichen Grundlagen dieser jungen Disziplin fortzuentwickeln.

Ministerialdirektor Dr. Klaus-Peter Klaiber und Professor Werner Weidenfeld diskutierten mit den Besuchern des Forums über die Zukunft der Politikberatung.

Jérôme Vignon und Josef Janning.

Die Thesen von Josef Janning sind auch in der September-Ausgabe der Zeitschrift „Internationale Politik“ erschienen. Sie sind zudem auf der Homepage des C·A·P unter der Adresse „[http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/WWW/CAPosition\\_Politikberatung.html](http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/WWW/CAPosition_Politikberatung.html)“ abrufbar...

## Der Bundespräsident im demokratischen Prozeß

Die Rolle des Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik Deutschland thematisiert ein neues Projekt der Forschungsgruppe Europa am C·A·P und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Frage nach wirksamer politischer Verantwortung, Führung und Integration im vereinigten Deutschland, die anhand des Wirkens des Staatsoberhauptes im demokratischen Prozeß untersucht werden soll. Für diese Aufgabe erhielt der Politikwissenschaftler *Dr. Michael Jochum* einen exklusiven Zugang zu *Prof. Dr. Roman Herzog*: Bis zum Ende von dessen Amtszeit wird der direkt im Bundespräsidialamt ansässige Forscher den Bundespräsidenten – soweit nicht besondere Vertraulichkeit oder protokollarische Gründe dem entgegenstehen – bei Konferenzen, Reisen, Empfängen und Hintergrundgesprächen im In- und Ausland begleiten. Darüber hinaus erhält Jochum auch im persönlichen Gespräch mit Bundespräsident Herzog immer wieder Gelegenheit, die Art und Weise seiner Amtsführung zu hinterfragen. Beamte des Bundespräsidialamtes stehen im weiteren zu spezifischen Themen Rede und Antwort. Das Projekt schließt an eine Tradition an, die *Prof. Dr. Arnulf Baring* seinerzeit mit seinem Forschungsaufenthalt in der Villa Hammerschmidt begründet hatte. Bundespräsident Walter Scheel ermöglichte in den 70er Jahren dem Berliner Zeithistoriker Akteneinsicht und Gespräche mit Entscheidungsträgern über den Machtwechsel 1969. Auch Jochum stehen für seine Arbeit diese Möglichkeiten offen.

Anfang Oktober wurde der Forschungsansatz des Projektes auf einer Fachtagung in München thematisiert. Experten, Journalisten und Praktiker, die sich durch ihr Wirken als Kenner des Amtes des Bundespräsidenten profiliert haben, diskutierten nach Einführungen von *Prof. Dr. Werner Weidenfeld* und Jochum zunächst methodische Fragen. Konsens war, daß es insbesondere der Spannung zwischen der spezifischen biographischen Eigenart der Präsidentschaft und einer notwendigen funktionalen Analyse des Amtes gerecht zu werden gilt. Im weiteren referierte *Dr. Klaus Blech*, Staatssekretär a.D., über das Verhältnis des Bundespräsidenten zur Bundesregierung. *Dr. Hermann Rudolph*, Mitherausgeber des Berliner *Tagesspiegels*, analysierte abschließend die Bedeutung der Medien für das Amt. Im Herbst 1999 soll die Forschungsarbeit in eine Publikation münden, um wissenschaftliche Defizite zu diesem Thema zu schließen.

Verantwortung, Führung und Integration im vereinigten Deutschland

Biographie und funktionale Aufgaben als Analysepole

### Fazit Mitteleuropa...

...ist der Titel eines Forums mit Bundespräsident **Roman Herzog** und **Vaclav Havel**, Präsident der Tschechischen Republik, am 7. November im Preußischen Landtag in **Berlin**. Experten, Journalisten und Politiker werden über die **Integrationsfähigkeit** der Staaten Mittel- und Osteuropas und die **Aufnahmefähigkeit** der EU diskutieren. Veranstalter von „Fazit“ sind die **Frankfurter Allgemeine Zeitung**, das **DeutschlandRadio Berlin** und das **C·A·P**. Weitere Informationen unter: 069-7591-2202.

### Telefon- u. Faxnummern...

...des **C·A·P** haben sich bereits im August geändert (wir wiesen bereits per Infoblatt darauf hin):

**C·A·P**/Forschungsgruppe Europa:  
Tel. 089-490429-0, Fax: -490429-29

Forschungsgruppe Deutschland:  
Tel. 089-490429-92, Fax: -490429-99

Forschungsgruppe Jugend und Europa:  
Tel. 089-490429-50, Fax: -490429-55

Adresse und e-mail-Nummern des **C·A·P** bleiben unverändert.

### Die Jugend von 1989...

...im neuen Europa stand Ende September bei einer internationalen Konferenz in **Venedig** im Mittelpunkt des Interesses. In Kooperation mit dem dortigen **Zentrum für Nord-Ost-Studien** und dem **C·A·P** wurden verschiedene **Workshops** organisiert, die sich mit Chancen, Risiken und Werten der Jugendlichen auseinandersetzten. In einem **Panel** diskutierten: Eberhard Busek, Giorgio Dominese sowie Thomas R. Henschel von der **Forschungsgruppe Jugend und Europa**.

## Die Zukunft der Politik

Die Diskussion um das Ende der Politik befaßt sich zumeist nur larmoyant mit den sich immer schneller verändernden nationalen und internationalen Rahmenbedingungen politischen Handelns. Die Antwort auf die Frage nach den Handlungsoptionen bleibt sie schuldig. Der von der *Forschungsgruppe Deutschland* mit Unterstützung der *Kester-Haeusler-Stiftung* in Fürstfeldbruck initiierte Gesprächskreis „Deutschland-Dialog der neuen Generation“ stellte daher ausdrücklich die Zukunft des politischen Systems in Deutschland zur Diskussion. Unter dem Motto „Die Zukunft der Politik. Wohin gehen die Deutschen?“ debattierten 20 junge Experten aus Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft über den Wandel des Politikbegriffs, Entwicklungschancen der Parteiendemokratie und Aspekte der politischen Kultur. Die Tagung endete mit einem Plädoyer für Einheit in Vielfalt in Deutschland: Die unterschiedlichen Identitäten in Ost und West dürften nicht durch ein falsches Harmonieideal eingeebnet werden. Nur ein starkes ostdeutsches Selbstbewußtsein ermögliche letztlich eine Verständigung zwischen Ost und West.

Wandel der Politik, Parteien-  
demokratie und politische  
Kultur in der Diskussion

### Zukunft der Demokratie...

...zu diesem Thema erschien bereits im Sommer diesen Jahres der Sammelband „**Demokratie am Wendepunkt – Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts**“ herausgegeben von **Werner Weidenfeld**, gewidmet dem Lebenswerk von **Reinhard Mohn**. Namhafte Autoren stellen eine Diagnose der politischen Kultur der Demokratie und formulieren Vorschläge für deren Fortentwicklung (Berlin, Siedler Verlag 1996, ISBN 3-88680-605-7).

### Nationale Identität...

...im vereinten Deutschland stand im Mittelpunkt eines **deutsch-französischen Kolloquiums** an der Universität Straßburg. Neben Germanisten, Historikern und Politikwissenschaftlern aus Frankreich präsentierten Dr. Karl-Rudolf Korte und Manuela Glaab von der **Forschungsgruppe Deutschland** Thesen zur politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland sowie zum Verhältnis von Literatur und Politik. Die Ergebnisse der Tagung werden in der **Revue D'Allemagne** (4/96) publiziert.

### Die Homepage...

des **C·A·P** im World Wide Web erfährt gute Resonanz und wird kontinuierlich ausgebaut. Mittlerweile können die wichtigsten Nachrichten der vergangenen und aktuellen **Ausgaben des C·A·PANORAMA** abgerufen werden. Insgesamt sind bereits **über 100 Webseiten** an Informationen über die Arbeit des **C·A·P** auf den Rechnern des Leibnitz-Rechenzentrums verfügbar. Interessant v.a. für „Surfer“: Die Weiterverweisungen zur **„Politikberatung im WWW“** und zu **„Europa im WWW“**.

## Unterstützung des Systemwandels

Der Systemwandel zu Demokratie und Marktwirtschaft steht im Mittelpunkt eines Forschungsprojekts zur Systemtransformation, das die *Forschungsgruppe Europa* in Zusammenarbeit mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* durchführt. In diesem Projekt sollen durch die systematische Analyse bisheriger Transformationsprozesse Hinweise erarbeitet werden, wie derzeit stattfindende und zukünftige Systemwandel von außen unterstützt und stabilisiert werden können. Ein weiteres Augenmerk richtet sich darauf, welche grundlegenden politisch-kulturellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Transformationsprozeß gegeben sein müssen. Zudem hat die Forschungsgruppe Europa in enger Abstimmung mit prominenten Transformationsexperten ein Kriterienraster entwickelt, mit dessen Hilfe verschiedene Systemwandel trotz ihrer Unterschiedlichkeit verglichen werden können. Im weiteren Projektverlauf ist die Erstellung eines Rankings fortgeschrittener Transformationen in Richtung einer marktwirtschaftlichen Demokratie vorgesehen.

Kriterienraster und Ranking  
für den Systemwandel